

KJÖ zu Regierungseinigung Demokratischen Diskurs stärken anstatt Scheindebatten

Die österreichische Regierung plant ein Social Media Verbot für junge Menschen bis 14. Wegen der EU-Verordnung „Digital Services Act“, die europaweit Vorrang gegenüber der nationalen Gesetzgebung hat, müsste diese Regelung auf EU-Ebene eingeführt werden. Daher ist die Katholische Jugend Österreich der Überzeugung, dass die Politik sich eher für wirkungsvolle europäische Regulierungen der Plattformen und Stärkung europäischer Alternativen einsetzen soll. Rafael Haigermoser, Bundesvorsitzender der Katholischen Jugend meint dazu: „Für Jugendliche brauch es mehr Begleitung und nicht den Ausschluss aus digitalen Diskursräumen. Eine Regulierung, die die süchtig machenden Praktiken der Plattformen einschränkt, würde auch allen die älter als 14 Jahre sind helfen.“

Außerdem hat sich die Regierung auf die Veränderungen im AHS-Oberstufenlehrplan geeinigt, die Medienkompetenz und Demokratie hervorheben soll. Darüber ist die Katholische Jugend Österreich erfreut. „Mehr Demokratiebildung, besonders in Zeiten, in denen Demokratien weltweit strategisch abgebaut werden, ist zu begrüßen“, ist die Bundesvorsitzenden Elisabeth Wanek überzeugt. Der sichere Umgang mit neuen Techniken, wie Künstlicher Intelligenz sollte jedoch in bestehenden Fächern und besonders in Informatik aufgegriffen werden. Der voranschreitenden digitale Entwicklung lässt sich nicht alleine mit der Einführung von neuen Unterrichtsfächern begegnen. „Es wäre daher von großer Bedeutung, bei der Ausbildung von angehendem Lehrpersonal anzusetzen und das Angebot von Fortbildungen zu erweitern“, zeigt Elisabeth Wanek weiter notwendige Schritte auf.